Das „Berliner Tageblatt“ erscheint täglich des Morgens, mit Ausnahme Montags, und ist durch die Expedition Jerusalemerstr. 48, Filiale Friedrichstadt: Friedrichstr. 66, Filiale Königstadt: Königstr. 50, Filiale Louisenstadt: Prinzenstr. 35, sowie durch alle Zeitungs-Spediteure und Post-Anstalten des Reiches zu beziehen.
Redaktion: Jerusalemerstr. 48.

Der Abonnements-Preis beträgt inclusive Donnerstags-Beilage „Ulk“ und „Sonntagsblatt“ vierteljährlich 5 Mrk. 25 Pf. incl. Botenlohn, monatlich 1 Mrk. 75 Pf.; durch die Post bezogen 5 Mrk. 25 Pf. pr. Quartal.
Inserate, pr. Zeile 50 Pf. („Berliner Stadt-Anzeiger“ 30 Pf.), werden Jerusalemerstr. 48, Filiale Friedrichstadt: Friedrichstr. 66, Filiale Königstadt: Königstr. 50, Filiale Louisenstadt: Prinzenstr. 35, angenommen.

Berliner Tageblatt.

Nr. 58. Berlin, Sonnabend, den 9. März 1878. Hauptblatt.

Das „Vorurtheil des Mißtrauens“.

Wir haben neulich ausgeführt, daß jedes Monopol unvereinbar ist mit rationeller Volkswirthschaft. Dies gilt auch vom Tabaksmonopol, welches des Fürsten Bismarck Ideal ist, und die Gründe, die man zu seiner Empfehlung vorbringt, mögen sie noch so sehr durch ihre scheinbare Richtigkeit blenden und bestechen sind nicht stichhaltig. Man sagt, das Reich braucht jährlich so und so viel Millionen; diese Millionen erhält es in Form von Matrikularbeiträgen, welche die Einzelstaaten nach Maßgabe ihrer Bevölkerungszahl direkt beizusteuern haben; diese direkte Beisteuer wird denselben aber sehr drückend, dagegen würden sie keinerlei Druck empfinden, wenn das Reich vermittelst des Tabaksmonopols die Summen, die es braucht, auf indirektem Wege aus den Taschen der Steuerzahler zöge, denn indirekte Steuern seien weit weniger fühlbar, als direkte.

Man sieht, der Weg, der hier vorgeschlagen wird, läßt sich recht verlockend an, aber er führt gleichwohl über eitel Sumpfboden. Zunächst ist doch klar, daß mit dem Beschlusse, das Monopol einzuführen, die Sache nicht ohne Weiteres abgemacht ist. Vor Allem müßte das Reich sämmtliche Besitzer von Tabaksfabriken entweder expropriiren oder entschädigen, und es ist vor der Hand kaum annähernd zu berechnen, wie viel hundert Millionen dazu erforderlich sein würden. Diese kolossale Schuld, die das Reich vorweg auf sich zu nehmen hätte, könnte selbstverständlich nur durch eine Anleihe gedeckt werden, deren Zinsen ebenfalls vorweg von den Erträgnissen des Monopols in Abrechnung gebracht werden müßten. Unter diesen Umständen ist mit Sicherheit anzunehmen, daß wenigstens in den ersten Jahren das Monopol kaum den Betrag ergeben würde, der jetzt durch die Matrikular-Umlagen aufgebracht wird; erst nach geraumer Zeit würde sich ein Ueberschuß herausstellen, bis dahin aber die Steuerzahler mit doppelter Kreide herangezogen werden.

Versehen wir uns indessen gleich einmal in die Jahre des Ueberschusses. Schon jetzt dreht sich ja eigentlich die ganze Frage, ob Monopol oder nicht, nur noch um den Punkt der Garantie dafür, daß der zu erzielende Ueberschuß den Steuerzahlern der Einzelstaaten in irgend einer gesetzlichen Form zu Gute kommen soll. Diese gesetzliche Form indeß zuzugestehen weigert sich die Reichsregierung und zwar unter dem Vorwande, daß es lediglich Sache der Einzelstaaten sei, dieselbe zu vereinbaren. Fürst Bismarck hat in der betreffenden Rede ausdrücklich erklärt, er müsse sich im Namen Sr. Majestät des Königs von Preußen dagegen verwahren, daß die Bewilligung von Reichssteuern abhängig gemacht werde von Einrichtungen innerhalb Preußens. Nun, und ganz die nämliche Erklärung würden vermuthlich die Bundesrathsbevollmächtigten jedes Einzelstaats abgeben, wenn man sie vor die nämliche Frage stellen wollte.

Aber freilich, Fürst Bismarck wird sehr gut wissen, warum er mit einem solchen Versprechen zurückhält. Glaubt man denn wirklich, das Reich würde für die Ueberschüsse aus dem etwa bewilligten Tabaksmonopol nicht Jahr für Jahr neue Verwendungen aufzufinden wissen? Bis jetzt hat es doch wirklich mit Ausnahme allenfalls von England, wo die Volksvertretung nicht nur eine scheinbare, sondern eine wirkliche Kontrole ausübt, noch niemals einen Staat gegeben, dessen Regierung Einnahmeüberschüsse an die Steuerzahler hätte zurückgelangen lassen, indem sie eine entsprechende Verminderung der Steuern eintreten ließ. Und deshalb ist auch nicht anzunehmen, daß das Reich es um ein Haarbreit anders halten würde. So lange das Monopol weniger einträgt als die bisherigen Matrikularumlagen, so lange wird nachgezahlt; trägt es aber mehr ein, so werden sich die Bedürfnisse des Reiches mehren und man wird neue Verwendungen aller Art als ganz unabweislich hinstellen.

Fürst Bismarck nennt es, ebenfalls in jener vorerwähnten Rede, ein Vorurtheil, das sich in der öffentlichen Meinung festsetze, als ob Regierung und Volksvertretung zwei Körper wären, die ein verschiedenes Interesse hätten, er wünscht, daß dieses Mißtrauen der Volksvertretung gegen die Regierung doch endlich schwinden möge. Dasselbe wünschen wir auch, es wird aber erst dahin kommen, wenn unsere Regierung eine wirklich parlamentarische wird, nicht eher. Bis dahin aber könnte immerhin wenigstens etwas geschehen, dieses nämlich, daß die Regierung ihrerseits der Volksvertretung mit Vertrauen und Offenheit entgegen käme. Wo bleibt denn aber die Offenheit, wenn der Reichskanzler, der doch zugleich preußischer Premier ist, zu der Zusicherung, daß die Ueberschüsse der Tabaksteuer, so weit sie Preußen zu Gute kommen, zu einer angemessenen Verminderung der preußischen Steuern verwendet werden sollen, sich nicht verstehen will? Gerade dieser Mangel an Offenheit seinerseits erzeugt mit Nothwendigkeit das Mißtrauen auf Seite des Volks und der Volksvertretung, und wenn er sich also über dieses Mißtrauen beklagt, so sollte er wenigstens nicht verkennen, daß seine eigene Haltung es hervorruft.

Und so kommen wir, die wir für unser Mißtrauen vollauf Grund zu haben glauben, auf den Punkt zurück, von dem wir ausgingen. Das Monopol ist von der Wissenschaft verurtheilt, wir sind also mißtrauisch gegen eine Regierung, die es bei uns einführen will. Wenn der Staat selber einsieht, daß er mit der direkten Besteuerung an der Grenze des Menschenmöglichen angekommen ist, so ist es unseres Erachtens seine Aufgabe, auf alle möglichen Mittel und Wege zu sinnen, die Verwaltung minder kostspielig einzurichten; unbillig aber dünkt es uns, in einem solchen Augenblicke den Lasten der direkten Besteuerung noch diejenigen einer indirekten hinzuzufügen. Und wenn nichtsdestoweniger jetzt das Tabaksmonopol eingeführt werden sollte, so frage man sich doch, wo die Grenze dieser Monopol-Wirthschaft sein wird. Wenn die Tabaks-Fabrikanten viel Geld verdienen und der Staat sich darum für berechtigt halten will, sie zu expropriiren und ihren Verdienst in seine Tasche zu stecken — nun, auch die Eisenindustriellen verdienen viel Geld, den Grundbesitzern, Müllern und Bäckern geht es ebenfalls nicht schlecht, warum sollte also der Staat, so gut er jetzt die Cigarren liefern will, in Zukunft, wenn er mehr Geld braucht, als die Steuern einbringen, nicht auch Eisen, Brot und Semmel zu Monopolartikeln erklären, die er allein fabriziren und verkaufen darf? Ein Schritt auf abschüssigem Wege zieht weitere Schritte unwillkürlich nach sich. Mit einer Staatsindustrie fängt man an, eine zweite wird folgen, und wenn man erst ein Dutzend hat, so ist das Staatswesen, wie die Sozialisten sich's träumen, schon so gut wie fertig.

Zur Orientkrisis.

Trotzdem Fürst Bismarck es auf das Entschiedenste abgelehnt hat, die Rolle eines europäischen Schiedsrichters zu übernehmen, wird ihm dieselbe fast mit Gewalt aufgedrängt und die nunmehr allseitig acceptirte Wahl Berlins zum Kongreßorte charakterisirt genugsam das Bestreben der meistbetheiligten Mächte, den deutschen Reichskanzler moralisch zu zwingen, unmittelbar an den Berlichkeit die gefürchteten Differenzen auszugleichen. So vortheilhaft es einerseits für die europäischen Friedenschancen unfraglich ist, wenn unser Reichskanzler selbst Hand anlegt, um den Karren in das beste Geleise zu bringen, so beunruhigend ist es andererseits, daß Fürst Bismarck, dessen Gesundheit unzweifelhaft eine stark erschütterte ist, sich auch diese Arbeit noch aufbürden muß, und es darf wohl glaubhaft erscheinen, wenn behauptet wird, Fürst Bismarck werde nicht nur das Präsidium des Kongresses nach den ersten Formalitäten an einen anderen hervorragenden Diplomaten abgeben, sondern auch sonst so viel wie möglich sich von der aufreibenden persönlichen Theilnahme an den einzelnen Konferenzen zurückziehen. Da auf dem Berliner Kongreß doch einmal die Wahrung aller möglichen „berechtigten Interessen“ betrieben werden soll, so ist es billig, daß eine derartige Schonung der Kräfte unseres Reichskanzlers als ein berechtigtes „deutsches Interesse“ betrachtet und respektirt wird.

Aus Wien wird amtlich unterm 8. d. gemeldet, daß, nachdem der deutsche Kaiser seine Genehmigung zu dem Zusammentritt des Kongresses in Berlin ertheilt hat, die bezüglichen Verhandlungen zwischen den betreffenden Mächten noch fortdauern. Die Beitrittserklärungen, von denen verschiedene, auch die Englands noch ausstehen, sind nach Wien zu richten. (So viel wir wissen, hat England bereits zugestimmt. Red.) Nach Abschluß dieser vorbereitenden Verhandlungen wird die deutsche Regierung verständigt werden, daß nunmehr Alles bis auf die von ihr (der deutschen Regierung) zu erwartende Einladung bereit sei. Unser Wiener □ Korrespondent schreibt, daß es sich für Oesterreich auf dem Kongreß eigentlich nur um die feierliche Sanktion bereits feststehender Beschlüsse handle, die dahin gehen, daß Oesterreich in türkisches Gebiet einrücken werde, und zwar sollen Bosnien, die Herzegowina, sodann die Enklawe zwischen Serbien und Montenegro und das nördliche Albanien besetzt werden. Die Truppenzahl, die hierfür bereit steht, beziffert man, entgegen anderweitigen Angaben, ganz bestimmt mit 60.000 Mann Infanterie, 14,000 Kavallerie und der entsprechenden Anzahl von Artillerie, Fuhrwesen, Genie, Sanitätstruppen ꝛc. Die Gerüchte, daß die Türkei sich einem österreichischen Einmarsche widersetzen wolle, werden entschieden als unrichtig erklärt.

Im englischen Oberhause hat am Donnerstag die Regierung gleichfalls jetzt offiziell die Veränderung der Verhältnisse in der Türkei in ihren Beziehungen zu den bisherigen Traktaten und die Nothwendigkeit neuer Verträge anerkannt. Im Laufe der Debatte erklärte nämlich der Staatssekretär der Kolonien — gewissermaßen als englisches Kongreßprogramm — die Türkei habe allerdings die Verpflichtungen des Vertrages von 1856 nicht ausgeführt, aber Rußland habe seine Verpflichtungen ebenfalls nicht beobachtet, es sei daher nöthig, daß jede Regelung sorgfältig geprüft werde, damit sie nicht nur praktisch, sondern auch von Dauer sei. Die Herrschaft der Türkei könne nicht wieder hergestellt werden, die Ersetzung derselben sei in einer graduellen Besserung ihrer Unterthanen und der verschiedenen Racen zu suchen. Lord Derby gab hierauf eine geschichtliche Uebersicht über die Verträge von 1856 und 1871 und hob sodann hervor, der durch die Verträge von 1856 und 1871 beabsichtigt gewesene Zustand habe aufgehört, dennoch müsse die englische Regierung sie als bindend erachten, bis Europa ein neues System sanktionirt habe. Wenn man diese Verträge jetzt als Ausgangspunkt nehme, so würde dies nur geschehen, um davon abzuweichen. Unter den allgemeinen Prinzipien, mit denen England zur Konferenz gehen würde, sei auch der Wunsch, daß die Lösung der orientalischen Frage in europäischem, nicht in exklusive russischem Sinne erfolge, daß, soweit die Umstände dies gestatten, sie die Elemente der Stabilität und Dauerhaftigkeit besitze und daß, soweit es die Umstände zulassen, die Ansprüche der verschiedenen Racen und Konfessionen ziemlich gleichmäßig abgewogen würden.

Als einer der Delegirten Rußlands, welche den Fürsten Gortschakoff zum Kongreß begleiten dürften, wird in Petersburg mehrfach der Fürst Alexis Lobanow, früher Gesandter in Konstantinopel, jetzt Gehilfe des Ministers des Innern, genannt. Als Vertreter Frankreichs wird, wie man uns sagt, Minister Waddington persönlich kommen, dagegen ist Lord Beaconsfield wenig bereit dazu, und es ist augenblicklich noch die Wahl, ob Marquis Salisbury oder Lord Derby England vertreten.

* * *

Für die intimen Beziehungen der beiden nordischen Kaiser ist es charakteristisch, daß unmittelbar nach dem Eintreffen der Nachricht von der Unterzeichnung des Friedens Kaiser Alexander von diesem Ereigniß seinem Oheim, dem Kaiser Wilhelm, telegraphisch Kenntniß gab, und es war dies überhaupt die allererste Mittheilung, die von Petersburg aus über den Frieden fortging.

* * *

Auch heut liegen ausführliche Berichte über den russisch-türkischen Friedensvertrag vor. Die „Köln. Ztg.“ bringt sogar aus Pera den angeblichen Wortlaut desselben. Bei genauer Durchsicht ergiebt sich indeß, daß erstens alle wichtigeren Paragraphen dieses Wortlautes bereits durch Reuters Bureau veröffentlicht sind und daß zweitens das ganze Friedens-Instrument anscheinend nur — gleich den Reuter'schen Meldungen — ein Entwurf des Friedensvertrages ist, dessen Einzelheiten in wesentlichen Punkten bei der wirklichen Unterzeichnung noch modifizirt wurden. Die Petersburger „Agence Russe“ erklärt ferner die Nachricht, daß der von Bulgarien zu leistende Tribut als Garantie für die russische Kriegsentschädigung dienen solle, für unrichtig, es sei überhaupt keinerlei Garantie dafür im Friedensvertrage stipulirt. — Vom General Ignatieff und von Sarket Pascha sind am Mittwoch die Details in Bezug auf die Rückkehr der ausgewanderten Muselmänner nach Bulgarien geregelt worden, welche ihr Eigenthum behalten werden. Die Räumung des von der Türkei abgetretenen Gebietes durch die türkischen Truppen soll binnen 14 Tagen erfolgen; von der Donau und aus dem Festungsviereck rücken bereits unausgesetzt türkische Truppen in Konstantinopel ein. — Dem Vernehmen nach würde Reouf Pascha als türkischer Delegirter nach Petersburg gehen, um der Ratifikation des Friedensvertrages daselbst beizuwohnen. Der Besuch des Großfürsten Nikolaus beim Sultan dürfte, wie es heute heißt, frühestens am nächsten Sonnabend erfolgen.

* * *

Das amtliche Wiener Preßbüreau giebt in Bezug auf Bulgarien nach Petersburg folgenden freundschaftlichen Wink: Man glaubt hier in Wien, daß nach dem Ableben des Fürsten Tscherkaski ein Mann von gemäßigterer Gesinnung für die weitere Organisation in Bulgarien bestellt werden wird und daß durch eine maßvolle Handhabung bei der provisorischen Verwaltung Bulgariens jeder Verdacht einer Russifizirung Bulgariens, sowie einer dauernden Festsetzung der Russen dort beseitigt werden wird.

* * *

Im österreichischen Parlamente beantwortete Ministerpräsident Fürst Auersperg die bekannte Interpellation des Abgeordneten Grocholski betreffs der angeblichen Hinrichtung österreichisch-ungarischer Unterthanen (d. h. Polen. Red.) in der Türkei durch die Russen, indem er konstatirte, daß die Regierung sofort nach dem Bekanntwerden der bezüglichen Gerüchte die eingehendsten Erhebungen durch die Behörden angeordnet habe, daß indeß alle gemachten bezüglichen Angaben amtlich vollständig unbestätigt geblieben seien. Was sodann den zweiten Theil der Grocholski'schen Interpellation anbetreffe, ob die Regierung glaube, in die Lage zu kommen, auf dem Kongresse dahin wirken zu können, daß auch das Loos der polnischen Unterthanen Rußlands erwogen werde, so bezwecke der in Aussicht genommene europäische Kongreß nur die definitive Regelung der orientalischen Angelegenheiten. In diesem Sinne sei von der Regierung die Einladung zu einem Kongresse erlassen worden, es bliebe daher jeder andere Gegenstand von der Erörterung durch die europäischen Mächte ausgeschlossen.

* * *